

Abstimmung vom 28.9.1986

«Kalter Krieg» im Bildungswesen: Nein zu «marxistischen» Lehrstätten

Abgelehnt: Volksinitiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): «Kalter Krieg» im Bildungswesen: Nein zu «marxistischen» Lehrstätten. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 441–442.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Als eine Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme des wirtschaftlichen und technologischen Wandels reicht die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) im Sommer 1982 ihre Initiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung» ein. Das Begehren will das Recht auf eine vollwertige Berufsbildung in der Verfassung verankern und gleichzeitig die Kantone mit der Errichtung zusätzlicher Ausbildungsstätten beauftragen. Mit dieser Massnahme sollen rund 10 000 neue Plätze in öffentlichen Lehrwerkstätten geschaffen werden.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) distanziert sich bereits kurz nach der Einreichung des Begehrens von den Forderungen der Initianten und lässt verlauten, dass er zwar nicht grundsätzlich gegen öffentliche Lehrwerkstätten sei, jedoch die Prioritäten anders setze. Wenig überraschend, zeigt auch der Bundesrat keine Begeisterung für das Anliegen und empfiehlt dem Parlament die Vorlage ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Die bürgerlichen Kreise, welche in der Initiative eine Gefährdung der betrieblichen Meisterlehre sehen, zollen diesem Entscheid einstimmig Beifall, während die SAP dem Bundesrat vorwirft, die Zukunft der Jugend den Schwankungen des Arbeitsmarktes auszuliefern. Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und spricht sich gegen das Begehren aus. Auch im Ständerat hat die Initiative keine Chance; sogar die SP-Fraktion spricht sich – entgegen der Japarole des Parteivorstandes – gegen die Vorlage aus.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt einen Verfassungsartikel mit folgendem Wortlaut: «Der Bund führt ein Recht auf vollwertige Berufsbildung ein, dessen Durchführung den Kantonen obliegt [...]. Der Bund beauftragt die Kantone, zu diesen Zwecken Lehrwerkstätten und andere Ausbildungsstätten zu errichten [...]. Die Finanzierung dieser Massnahmen erfolgt durch Beiträge der Arbeitgeber, die sich im Minimum auf 0,5 Prozent der Lohnmasse belaufen. Mindestens 75 Prozent der Kosten dieser Lehrwerkstätten werden durch diese Beiträge gedeckt [...].»

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die bürgerlichen Parteien sowie die Unternehmer- und Gewerbeverbände bilden eine geschlossene Ablehnungsfront gegen die Initiative und beschwören die Gefahr eines Systemwechsels mit marxistischem Hintergrund herauf. Unterstützt wird das Begehren lediglich von den Linksparteien, wobei sechs Kantonalsektionen der SP der Japarole des Parteivorstandes nicht folgen. Auch die Gewerkschaften sind gespalten: Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund gibt die Stimme frei. Entgegen der ablehnenden Empfehlung des SGB sprechen sich dessen Frauen- und die Jugendkommission, der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) für das Begehren aus. Sie argumentieren, dass den geforderten öffentlichen Lehrwerkstätten gerade in Zeiten von Arbeitslosigkeit und Rationalisierung verstärkte Bedeutung zukomme. Die Bevölkerung interessiert sich allerdings

nur mässig für solche Überlegungen – führt doch die dezidierte Ablehnung der Initiative durch die Bürgerlichen dazu, dass im Abstimmungskampf weniger über die konkreten Forderungen als vielmehr über ideologische Grundsatzfragen diskutiert wird.

ERGEBNIS

Am 28. September 1986 wird die Initiative mit 81,6% Neinstimmen deutlich verworfen. Die höchsten Jastimmenanteile erreicht das Begehren noch in den Kantonen Basel-Stadt (28,6% Ja) und Tessin (27,3% Ja), welche bereits ein Jahr zuvor über eine ähnliche Forderung abgestimmt hatten. Wie aus der Abstimmungsanalyse hervorgeht, wurde die SAP-Initiative nur von den Sympathisanten der kleinen Linksparteien mehrheitlich unterstützt, während sich bei denjenigen der SP die Ja- und Neinstimmenanteile ungefähr die Waage hielten. Die den bürgerlichen Parteien Nahestehenden verwarfen die Initiative zu 98 bis 100%; von den parteipolitisch Indifferenten reihten sich 88% ins gegnerische Lager ein. Als Entscheidmotive eruierte die Analyse bei den Neinstimmenden ein deutliches Bekenntnis zur bisherigen Meisterlehre sowie eine gewisse Skepsis gegenüber weiter reichenden Staatseingriffen in die Berufsbildung. Hauptmotiv der Befürworter war das Bedürfnis, die Situation der Lehrlinge sowie die Möglichkeiten zur Umschulung zu verbessern.

QUELLEN

BBI 1984 II 1377; BBI 1986 I 883. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1982 bis 1986: Bildung und Forschung – Berufsbildung. Vox Nr. 30.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.